

25. Juli 2017

INFORMATION



In den Ferien:

GEW fordert bessere Vergütung für Lehrer*innen an Grundschulen

In einem Gespräch mit dem Sächsischen Finanzminister, Prof. Dr. Unland, hat die GEW Sachsen am 06. Juli 2017 und einige Tage später in einem Schreiben an die Kultusministerin die Entgeltgruppe 13 für Lehrkräfte an Grundschulen gefordert.

Aktueller Anlass war die Ankündigung des SMK, Gymnasiallehrer*innen an Gymnasien einzustellen und gleichzeitig an Grundschulen abzuordnen, um so die Vergütung in der Entgeltgruppe 13 gewähren zu können.

Die Entscheidung des Kultusministeriums hat mehrere Folgen:

- die bereits bestehende Gerechtigkeitslücke wird größer und der berechtigte Unmut an den Grundschulen wird - auch bei dort bereits tätigen Gymnasiallehrer*innen - steigen,
- an Gymnasien werden die Möglichkeiten, Krankenvertretung und Förderangebote zu realisieren, deutlich geringer, weil die dafür benötigten Stellen umgelenkt werden.

Die GEW begrüßt, dass Gymnasiallehrer*innen gewonnen werden, an Grundschulen zu arbeiten. Die neuen Kolleg*innen sollten in die Entgeltgruppe 13 eingruppiert werden.

Die GEW ist aber gleichzeitig der festen Überzeugung, dass diese Bezahlung auch die Lehrkräfte erhalten müssen, die für die Grundschule ausgebildet sind!

Im Gespräch mit dem SMF, das ursprünglich zur Lösung anderer Probleme vereinbart worden war, wurden außerdem folgende Themen besprochen:

- die Streichung der „Eingangsstämter“ für Lehrkräfte mit einschlägigen DDR- Abschlüssen,
- die bessere Eingruppierung von Ein-Fach-Diplomlehrer*innen,
- die tarifliche Berücksichtigung von „Nach-Wende-Qualifikationen“,
- die Eingruppierung von Fachberater*innen mit Lehrerausbildung für eine andere Schulart,
- die Eingruppierung als „Lehrer“ oder als „Fachlehrer“,
- die zeitweilige Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit.

*Die GEW wird nach Beginn des Schuljahres beraten, mit welchen Aktionen sie der Forderung nach E 13 für Grundschullehrer*innen erneut Nachdruck verleiht.*

*Dem SMF wurden von der GEW verschiedene Vorschläge zur Behebung der o.g. Ungerechtigkeiten unterbreitet. Bei der Eingruppierung von Fachberater*innen mit Lehrerausbildung für eine andere Schulart zeichnet sich eine Lösung ab. Das SMF sicherte auch zu, die Streichung der „Eingangsstämter“ für Lehrkräfte mit einschlägigen DDR-Abschlüssen zu prüfen. Lösungswege für die anderen o.g. Probleme sah das SMF nicht. Diese wird die GEW nach Beginn der Unterrichtszeit diskutieren.*